



## ایران رپورت

### Iran-Report

12/20

Dezember 2020 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	11
Wirtschaft	13
Aussenpolitik	15

---

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Anja Hoffmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
19. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Revolutionsgarden planen Übernahme der Regierung / General Dehghan bewirbt sich um das Amt des Präsidenten / Ruf nach starker Führung / Atomwissenschaftler ermordet / Vizegesundheitsminister tritt aus Protest gegen Gesundheitsminister zurück / Ahmadinedschad: Über islamische Kleidung soll die Bevölkerung entscheiden / Corona wütet weiter / Vier streikende Arbeiter in Haft / Sicherheitsbeamte stürmen Häuser der Angehörigen der Bahai-Religion / Neue Vorwürfe gegen iranisch-britische Staatsbürgerin / Menschenrechtlerin Sotoudeh bekommt Hafturlaub / 157 Teilnehmer an Demonstrationen freigelassen

---

### REVOLUTIONSGARDEN PLANEN ÜBERNAHME DER REGIERUNG

Sieben Monate vor den Präsidentschaftswahlen in Iran strecken die Revolutionsgarden ihre Fühler nach der Übernahme der Regierung aus. Der Berater des Oberkommandierenden der Garden, General Esmail Kosari, sagte in einem Interview mit dem Nachrichtenportal „Chabar Online,“ wieso sollte der nächste Präsident nicht aus den Kreisen der Militärs stammen. Es sei abwegig, der Bevölkerung vor einem Militär an der Spitze der Regierung „Angst zu machen.“ „Was haben die Politiker, die seit vierzig Jahren das Land regieren, zustande gebracht? Es waren die Militärs, die ihr Leben riskiert haben, um (während des achtjährigen Kriegs zwischen Iran und Irak) die Feinde aus dem Land zu jagen. Auch jetzt stehen die Militärs bei der Entwicklung des Landes und der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensgütern an vorderster Front. Sie nutzen die geringsten Möglichkeiten aus, begeben sich in die entlegensten Gegenden des Landes, um dem Volk zu dienen. Das alles sollte nicht übersehen werden,“ sagte der General.

Kosari selbst arbeitete zuerst bei den Garden, dann wurde er für zwei Perioden ins Parlament gewählt, kehrte wieder zu den Garden zurück und übernahm als Vizekommandant vom Stützpunkt Sarollah die Verantwortung für die Sicherheit der Hauptstadt Teheran. Vor Kurzem wurde er zum Berater des Chefs der Garden ernannt.

„Die zivilen Politiker fürchten, dass ein opferbereiter Präsident in Uniform in der Bevölkerung eine weit größere Popularität genießt als sie,“ sagte Kosari. „Sie haben Angst, dass die Militärs Verantwortung übernehmen, hart arbeiten und den Feinden gegenüber weitaus mehr Widerstand leisten als sie.“ Die hohen Militärs seien politisch sehr wohl versiert. Dafür müssten sie nicht Mitglied einer Partei oder Organisation sein. Der frühere Kommandant der Revolutionsgarden, Mohssen Resai, sei vor der Revolution Student der Universität Wissenschaft und Technik gewesen. „Nimmt man die anderen hinzu, stellt man fest, dass sie politisch um einiges besser gebildet sind als die Herren, die sich als Politiker bezeichnen.“

Kosari sagte weiter, wenn ein Militär für das Amt des Präsidenten kandidieren wolle, müsse er entweder seinen Posten aufgeben oder in Pension gehen.

In der vierzigjährigen Geschichte der Islamischen Republik gab es aus dem Bereich der Militärs bereits mehrere, die für das Amt des Präsidenten kandidierten. Ali Schamchani, derzeit Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, der frühere Parlamentspräsident Ali Laridschani, sein Nachfolger Mohammad Bagher Ghalibaf und andere gehörten zu dazu. Mahmud Ahmadinedschad war der einzige aus dem Militärbereich, dessen Bewerbung zum Erfolg führte und er besetzte schon damals einige Schlüsselpositionen mit Militärs, so dass man schon damals von einer Quasi-Militärregierung sprach. Auch der amtierende Präsident Hassan Rohani war während des Iran-Irak-Kriegs in führender Position bei den Garden beschäftigt, aber er pflegt einen zivilen Regierungsstil.

Doch gegenwärtig sind die Voraussetzungen mit Blick auf die wirtschaftliche Katastrophe, in der sich das Land befindet, die Erfolglosigkeit der als gemäßigt bezeichneten Regierung

und die weit verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung für eine mögliche Machtübernahme der Militärs weitaus günstiger als je zuvor. Die Reformer haben ihre Basis in der Bevölkerung stark eingebüßt, das Parlament befindet sich in der Hand der Ultras und Konservativen und die Revolutionsgarden haben inzwischen sowohl wirtschaftlich als auch politisch ihre Macht erheblich ausgeweitet. Ohnehin rechnen Beobachter damit, dass der nächste Präsident aus den Reihen der extremen Rechten kommen wird. Es kann also durchaus sein, dass nach 41 Jahren die Regierung der Islamischen Republik von den Garden übernommen wird.

### **GENERAL DEGHAN BEWIRBT SICH UM DAS AMT DES PRÄSIDENTEN**

Hossein Dehghan ist der erste aus den Kreisen der Militärs, der sich bislang offiziell um das Amt des Präsidenten beworben hat. In einer Videobotschaft erklärte er, er hoffe, mit seiner Kandidatur „im Innern eine Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung und Kooperation und mit dem Ausland eine Atmosphäre des Dialogs aus einer Position der Stärke und Würde“ herstellen zu können. Wenige Wochen zuvor hatte er im Interview mit der Nachrichtenagentur Tasnim gesagt, er werde sich um das Amt des Präsidenten bewerben, um „mit aller Macht die Menschen von dem gegenwärtigen Zustand zu retten.“

Die Präsidentschaftswahlen finden im Juni nächsten Jahres statt. Der amtierende Präsident Hassan Rohani kann nach achtjähriger Amtszeit nicht mehr kandidieren.

General Dehghan hat seine militärische Karriere bei den Revolutionsgarden begonnen, war während des Iran-Irak-Kriegs Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Luftwaffe, eine Zeit lang war er unter Präsident Rohani Verteidigungsminister. Derzeit ist er Militärberater des Revolutionsführers Ali Chamenei.

Die Bekanntgabe seiner Bewerbung hat heftige Diskussionen ausgelöst. Massieh Mohadscheri, Herausgeber der Tageszeitung Dschomhuri Eslami, schrieb in einem Leitartikel seiner Zeitung, ein Offizier an der Spitze der Exekutive sei „ungewöhnlich“ und nur „für ungewöhnliche Zeiten“ denkbar. „Wenn wir der Außenwelt mitteilen wollen, dass sich die Islamische Republik in einer ungewöhnlichen Lage befindet, dann müssen wir uns an die Militärs wenden und sie bitten, die Regierung zu übernehmen. In diesem Fall brauchen wir auch keine Wahlen. Denn üblicherweise übernehmen die Militärs die Macht nicht durch Wahlen, sie benutzen andere Wege.“

Mostafa Tadschsadeh, ein politischer Aktivist der Reformbewegung, der zu den entschiedenen Gegnern jeglicher Einmischung der Militärs in Politik und Wirtschaft gehört, sagte, kein Wähler sollte einem Militär seine Stimme geben, egal welcher Partei er angehöre.

Demgegenüber sind vor allem Hardliner, auch solche aus der Reihe der Geistlichen, der Meinung, Iran brauche in diesen kritischen Zeiten eine eiserne Hand, eine, wie sie sagen, dschihadistische Führung, die für Ordnung sorgt und durchsetzungsfähig ist.

### **RUF NACH STARKER FÜHRUNG**

Die Tageszeitung „Dschohuri Eslami“ forderte in ihrer Ausgabe vom 12. November in einem Leitartikel eine starke Führung zur Bewältigung der Probleme des Landes. „Iran hat keine starke und fähige Führung, um mafiöse Organisationen zu bezwingen und sich um die notwendigen Bedürfnisse der Menschen zum Beispiel nach Nahrungsmittel und Medikamenten zu kümmern,“ schrieb die Zeitung. Es gebe zwar eine Regierung, doch das Land stehe unter der Kontrolle verschiedener mafiöser Organisationen. „Wir brauchen eine starke Macht, um die Errungenschaften der Revolution und die Staatsordnung schützen zu können. Die gibt es aber bedauerlicher- und unglücklicherweise nicht.“

„Wir haben Gesetze, doch die werden nicht angewendet, wir haben eine Regierung, aber die ist nicht imstande, ihre Aufgaben und Pflichten zu leisten. Wir haben Bodenschätze und reiche Ressourcen, sind aber nicht in der Lage, sie richtig zu nutzen und einzusetzen. Wir haben gute und fähige Menschen, aber keine Führung, die diesen Menschen den Weg ebnet und sie davon abhält, auf Irrwege zu geraten.“

Der Artikel betont, dass die gegenwärtige Krise, der enorme Anstieg der Preise der im Inland produzierten Güter wie Fleisch, Obst und Gemüse nicht Folge der Sanktionen seien. All dies sei das Werk des „mafiosen Konsortiums.“ Ein Land könne nur erfolgreich regiert werden, wenn es eine Regierung gebe, die auch imstande wäre, die legitimen Rechte und Freiheiten der Bürger zu schützen. „Zwei Regierungen bringen nur Chaos hervor.“

„Die wirtschaftliche, politische und propagandistische Mafia verhindert das Sinken der Preise. Diese Organisationen sind so erbarmungslos, dass sie sogar Medikamente und Nahrungsmittel horten. Und die unfähige Führung des Landes ist nicht in der Lage, sie daran zu hindern,“ schreibt die Zeitung.

### ATOMWISSENSCHAFTLER ERMORDET

Mohsen Fachrisadeh, Atomwissenschaftler und Leiter der Forschungs- und Innovationsabteilung des iranischen Verteidigungsministeriums, wurde am Nachmittag des 27. November in der Nähe von Teheran bei einem Anschlag getötet. Iran machte die USA und Israel dafür verantwortlich.

Iranischen Medien zufolge griffen die Attentäter am frühen Nachmittag das Fahrzeug Fachrisadehs an. Wie aus den Berichten hervorgeht, war das Attentat genau geplant. Das Auto von Fachrisadeh wurde von zwei Autos mit Bodyguards eskortiert. Kurz nach der Einfahrt in die kleine Stadt Absard wurde die Autokolonne von mehreren Attentätern beschossen. Zugleich explodierte ein mit Holz beladenes Fahrzeug. Fachrisadeh wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Er konnte nicht mehr gerettet werden. Die Attentäter flüchteten. Auch einige Leibwächter und andere Wissenschaftler wurden bei dem Attentat zum Teil schwer verletzt, ein Leibwächter wurde getötet.

Fachrisadeh war selbst außerhalb Irans als wichtiger Verantwortlicher für das iranische Atomprogramm bekannt. Gegner des iranischen Atomprogramms bezeichneten ihn als „Vater der iranischen Atombombe.“ Er wurde von einigen Medien zu den 500 mächtigsten Personen der Welt gezählt. Die iranischen Medien bezeichneten ihn als „Ehre Irans.“ Er war vor seiner Karriere als Atomwissenschaftler Mitglied der Revolutionsgarden und als Mitarbeiter beim Raketenprogramm tätig. Vor zwei Jahren erklärte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im Zusammenhang mit einer Präsentation über das iranische Atomprogramm, Fachrisadeh sei an der Vorbereitung iranischer Nuklearwaffen beteiligt. „Vergesst seinen Namen nicht,“ sagte er.

In Iran löste das Attentat einen Schock aus. Dementsprechend waren die Reaktionen. Staatspräsident Hassan Rohani sagte: „Erneut sorgten die Mächte der Arroganz und ihr zionistischer Söldner für ein Blutvergießen und den Tod eines iranischen Wissenschaftlers.“ Sein Land sei „mutig und stark genug, um den Terroranschlag auf Fachrisadeh nicht unbeantwortet zu lassen. (...) Der Terroranschlag zeigt, wie nervös unsere Feinde in diesen Wochen sind, Wochen, in denen sie spüren, dass der Druck (auf Iran) abnimmt, und die Weltlage sich ändert. Sie beeilen sich, aus der noch verbliebenen kurzen Zeit, größtmöglichen Nutzen zu ziehen“ (gemeint ist die Zeit bis zum Regierungswechsel in Washington). Iran sei klug genug, um nicht in die Falle der „Zionisten“ (Israelis) zu laufen. Deren Plan sei, die Region in Chaos zu stürzen. „Sie sollten wissen, dass wir ihre Pläne durchschaut haben. Wir werden nicht zulassen, dass sie ihre

zynischen Pläne durchsetzen.“ Der Anschlag werde iranische Wissenschaftler dazu bewegen, ihre Arbeit noch entschlossener als je zuvor fortzusetzen.

Die iranische Vertretung bei der UNO hat in einem Schreiben an den Generalsekretär Antoni Guterres und den UN-Sicherheitsrat geschrieben, es gebe ernsthafte Indizien dafür, dass Israel hinter dem Attentat stecke. Dafür müsse das Land bestraft werden. Iran behalte sich das Recht vor, „notwendige Schritte zur Verteidigung der eigenen Bevölkerung und Wahrung seiner nationalen Interessen“ zu unternehmen. Guterres rief alle Seiten zur Zurückhaltung auf und warnte vor einer Eskalation der Lage in der Region. Irans Leiter der Atombehörde Ali Akbar Salehi sagte: „Der Weg Fachrisadehs wird jetzt erst recht noch intensiver fortgesetzt.“ Und Außenminister Mohammad Dschawad Sarif twitterte: „Terroristen haben heute einen wichtigen iranischen Wissenschaftler getötet. Diese feige Tat – mit ernstzunehmenden Anzeichen einer Rolle Israels – macht die verzweifelte Kriegstreiberei der Täter deutlich.“ Sarif appellierte an die internationale Gemeinschaft und insbesondere an die EU, „mit ihrer schändlichen Doppelmoral aufzuhören und diesen Akt staatlichen Terrors zu verurteilen.“

Der frühere CIA-Chef John Brennan verurteilte den Anschlag, den er als einen „kriminellen Akt und ein höchst rücksichtsloses“ Vorgehen bezeichnete. „Ich weiß nicht, ob eine ausländische Regierung die Ermordung Fachrisadehs angeordnet oder ausgeführt hat. Ein solcher Akt von staatlich gefördertem Terrorismus wäre eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und würde weitere Regierungen dazu ermutigen, tödliche Attacken gegen ausländische Regierungsbeamte auszuführen.“ Brennan forderte Iran auf, „dem Verlangen nach Vergeltung zu widerstehen.“

### VIZEGESUNDHEITSMINISTER TRITT AUS PROTEST GEGEN GESUNDHEITSMINISTER ZURÜCK

Iranischen Medienberichten zufolge trat der für Forschung und Technologie zuständige Vizegesundheitsminister Said Maleki am 20. November aus Protest gegen Gesundheitsminister Said Namaki zurück. In einem Schreiben an den Minister warf er ihm vor, die Ratschläge von Wissenschaftlern ignoriert zu haben. Seine „falsche und unprofessionelle“ Führung habe dem Land geschadet. Er sei für die hohe Zahl der Corona-Toten verantwortlich, heißt es in dem Schreiben.

Auch Ali Nobacht Haghighi, Vorsitzender des Beraterstabs im Kampf gegen die Corona-Epidemie, legte aus Protest gegen den Minister sein Amt nieder.

Minister Namaki hatte am Vortag bei einem Vortrag in der Stadt Isfahan seinen Vize scharf kritisiert und ihm vorgeworfen, „falsche und irreführende Prognosen“ erstellt zu haben. „Die von Maleki geführte Abteilung hat zehn epidemiologische Modelle vorgelegt, die falsch und unbrauchbar waren. Welcher Minister kann auf dieser Grundlage eine effiziente Gesundheitspolitik planen und durchführen? Man kann sich doch nicht auf vage, unwissenschaftliche Prognosen verlassen,“ hatte Maleki gesagt. 98 Prozent der Studien taugten vielleicht zur Veröffentlichungen in Zeitschriften, für die medizinische Versorgung seien sie „unbrauchbar.“

In dem Schreiben Malakis an den Minister heißt es: „Ihre Führung im Kampf gegen die Epidemie war total falsch und fehlerhaft. Sie haben die Ratschläge und Warnungen von Wissenschaftlern und Sachverständigen vollkommen ignoriert, was zahlreiche Opfer zufolge hatte. Zugleich maßen Sie sich auch noch an, andere Länder zu belehren,“ schrieb er. Er kritisierte auch die Äußerungen Namakis zur Herstellung von Impfstoffen gegen das Corona-Virus. „Ihre unwissenschaftliche und übereilte Behauptung über die in Iran produzierten Impfstoffe sind, in Anbetracht dessen, dass sich die Bemühungen dazu im Anfangsstadium befinden, absurd und nichts anderes als ein Versuch, für die eigene

Person zu werben.“ Namaki hatte die Bereitstellung des Impfstoffs innerhalb der nächsten drei Wochen angekündigt.

Weiter warf Maleki dem Minister vor, falsche und wissenschaftlich nicht erwiesene Empfehlungen zur Verwendung von pflanzlichen Mitteln erteilt zu haben. Dazu gebe es noch keinerlei wissenschaftliche Untersuchungen. „Die Vermischung von traditionellen Heilmethoden mit der modernen Medizin kann zur Schwächung des Gesundheitssystems führen und leidende Menschen davon abhalten, die fortgeschrittene Medizin in Anspruch zu nehmen,“ heißt es in dem Schreiben.

Auch Nobacht Haghighi übte in seiner Rücktrittserklärung scharfe Kritik an den Minister. „Sie haben bei Ihren Äußerungen in Isfahan das medizinische Fachpersonal, das im Kampf gegen die Epidemie das eigene Leben riskierte, beschimpft und beleidigt. Daher sehe ich mich außerstande, die Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Ministerium fortzusetzen.“

Die Rücktritte hatten ein Nachspiel im Parlament. Der Abgeordnete Modschtaba Tawangar twitterte am 21. November, er habe in einer nichtöffentlichen Sitzung des Gesundheitsausschusses gesagt, sie (Malaki und Haghighi) könnten sich mit den Rücktritten nicht aus der Verantwortung stehlen. „Wenn die internen Streitigkeiten der Herren fortgesetzt werden, wird der Rest der noch verbliebenen Bereitschaft in der Bevölkerung, die Einschränkungen zu ertragen, verloren gehen und die Lage noch schlimmer werden. Das Vertrauen der Bevölkerung ist wichtig. Der interne Krieg gefährdet das Leben der Menschen,“ schrieb Tawangar. Er versicherte, dass das Parlament und der Gesundheitsausschuss die Lage unter Kontrolle haben und sich ernsthaft mit dem Fall beschäftigen werden. Der Ausschuss werde in einer nichtöffentlichen Sitzung den Gesundheitsminister anhören und entsprechende Maßnahmen treffen.

### **AHMADINEDSCHAD: ÜBER ISLAMISCHE KLEIDUNG SOLL DIE BEVÖLKERUNG ENTSCHEIDEN**

Der frühere Präsident Irans, Mahmud Ahmadinedschad, sagte am 26. November in einem Interview mit dem früheren Chefredakteur der erzkonservativen Tageszeitung Kayhan, über islamische Kleidung (Hidschab) solle die Mehrheit der Bevölkerung entscheiden. Selbst die Meinung des Revolutionsführers dürfe für eine Entscheidung nicht ausschlaggebend sein.

Ahmadinedschad, dessen engste frühere Mitarbeiter sich im Gefängnis befinden, versucht seit geraumer Zeit immer wieder mit provozierenden Äußerungen auf sich aufmerksam zu machen. Politische Beobachter vermuten, dass er eine neue Kandidatur auf das Präsidentenamt plant. Die Präsidentschaftswahlen finden im Juni nächsten Jahres statt. Er gestattet sich sogar den Revolutionsführer Ali Chamenei und den legendären General Ghassen Soleimani öffentlich zu kritisieren. Er hatte sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen um das Amt beworben, war aber vom Wächterrath als „ungeeignet“ abgelehnt worden.

Auf die Frage, was er zu Hidschab-Gesetz, das vor allem die Frauen zum Einhalten der Vorschriften verpflichte, meine, sagte er: „Gesetze sind gesellschaftliche Vereinbarungen, die im Parlament, in dem die Vertreter des Volkes sitzen, festgelegt werden.“ Selbst islamische Gesetze, die auf Quellen der Scharia basierten, müssten vom Parlament verabschiedet werden. Und das Parlament müsse eine legitimierte Vertretung des Volkes sein, sonst verliere es seinen Status.

„Hat der Wille des Volkes mit der Zusammensetzung des Parlaments etwas zu tun?“, fragte Ahmadinedschad. „Müssen Beschlüsse des Parlaments nicht akzeptiert werden? Wenn das Parlament etwas beschließt, was von der Mehrheit der Bevölkerung nicht

akzeptiert wird, kann der Beschluss dem Volk um jeden Preis aufgezwungen werden?“ Selbst, wenn man dies versuchen würde, werde es das Volk einem irgendwann heimzahlen.

Vor drei Jahren entflammte mit der Aktion junger Frauen, die demonstrativ ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit ablegten, die kontroverse Diskussion über das Hidschab-Gesetz. Chamenei bezeichnete die Aktion als „erbärmlich,“ einige der Frauen wurden mit Gefängnis bestraft. „Was mich stört, ist die Position einiger Eingeweihten,“ sagte der Revolutionsführer.

Dazu sagte Ahmadinedschad: „Bedeutet das, dass man dem Revolutionsführer nicht widersprechen darf?“ Er habe die jetzt geäußerte Meinung über Hidschab-Gesetz schon früher vertreten, nur habe damals kaum jemand davon Notiz genommen. Tatsächlich hatte er einmal gesagt: „Besteht unser Problem wirklich darin, dass junge Menschen, ihre Haare anders als üblich frisieren wollen und junge Frauen sich anders kleiden wollen? Ist das unser nationales Problem?“

Weiter sagte Ahmadinedschad: „Sich zum Islam zu bekennen, bedeutet nicht, sich zur Islamischen Republik zu bekennen. Denn es gibt viele unterschiedliche Auffassung vom Islam. (...) Welchen Glauben meinen wir, wenn wir vom Islam sprechen? Woher nehmen sich die Geistlichen das Recht, zu bestimmen, was wir glauben sollen? (...) Wenn ein Staat tausende Fehler macht, dürfen ihn die Bürger nicht kritisieren? Das würde nichts anderes bedeuten als Diktatur.“

In der Islamischen Republik gebe es „strukturelle Fehler,“ teilweise sogar in der Verfassung, fuhr Ahmadinedschad fort. Er übte scharfe Kritik gegen die Regierung Rohani und sagte: „Rohani will der Nachfolgeregierung verbrannte Erde hinterlassen.“

Auf die Frage, ob er sich für das Amt des Präsidenten bewerben wolle, sagte er, er habe noch nicht darüber nachgedacht. Er kritisierte, dass das Atomabkommen in 20 Minuten vom Parlament verabschiedet worden sei. Er betonte, dass seine Äußerungen nicht als Wahlwerbung verstanden werden sollten. Er wolle seine Ansichten, die im Laufe der Zeit durch neue Kenntnisse und Erkenntnisse vertieft worden seien, der Öffentlichkeit mitteilen.

## CORONA WÜTET WEITER

Am 1. November beschloss die Regierung in Teheran, die Ein- und Ausreise für 25 Städte einzuschränken. Dieser Beschluss wurde wenige Stunden bekannt gegeben, nachdem Mohammad Resa Safarghandi, Leiter der nationalen Gesundheitsorganisation, erklärt hatte, Iran gehöre zu den fünf Staaten mit der höchsten Zahl an Corona-Toten. Dies solle eine Warnung sein. Sollte sie nicht gehört werden, „werden wir noch viel schlimmere Zeiten erleben,“ sagte er in einem Interview mit der Agentur Isna. Er sprach von einer „Katastrophe“ und sagte, die tatsächliche Zahl der Toten und Verletzten sei mindestens dreimal größer als offiziell angegeben. Weiter sagte er, etwa 15 Prozent der Infizierten, die im Krankenhaus behandelt würden, sterben. Offiziellen Angaben zufolge gab es am 1. November innerhalb von 24 Stunden 434 Tote und 7.719 Infizierte. Ein Stellvertreter des Gesundheitsministers, Iradsch Harirtschi, sagte, „in den nächsten Tagen wird es mehr Tests geben, dann wird die Zahl der Infizierten steigen.“

Warum die Zahl der Toten im Vergleich zu den Infizierten so hoch sei, begründete Safarghandi wie folgt: Die Spuren der Infizierten werden zu wenig verfolgt, Überlastung der Krankenhäuser, Mangel an medizinischem Personal und die Menschen halten sich nicht an vorgeschriebenen Einschränkungen. Neben diesen Gründen verwies Hossein Gheschlaghi, Mitglied des Gesundheitsstabs, auf die „schwache Führung,“ Ignorierung wissenschaftlicher Erkenntnisse und den Mangel an Koordination der Aktivitäten verantwortlicher Institutionen.

Tatsächlich gibt es zwischen dem Gesundheitsministerium und regierungsunabhängigen Ärzten und Wissenschaftlern unterschiedliche und widersprüchliche Meinungen über einzelne Maßnahmen, vor allem über Lockerungen der Einschränkungen bei verschiedenen Berufsgruppen und über die Zulassung religiöser Veranstaltungen. Minu Mohras, Mitglied des Krisenstabs, berichtete, während das Gesundheitsministerium strenge Maßnahmen für die Hauptstadt Teheran verordnete, habe sich der Provinzgouverneur geweigert, sie durchzusetzen. „Ich kann es nicht nachvollziehen, dass der Provinzgouverneur eine Verordnung des Krisenstabs, dessen Vorsitzender der Präsident ist, ablehnt,“ sagte sie.

Am 10. November forderten 65 Dekane der medizinischen Fakultäten an verschiedenen Universitäten des Landes Präsident Rohani auf, für 15 bis 30 Tage einen vollständigen Lockdown für die Hauptstadt Teheran und sämtliche Großstädte zu verordnen. „Die rasche Verbreitung der Epidemie verlange außergewöhnliche Entscheidungen. Sollten wir heute nichts unternehmen, wird es morgen zu spät sein. Auch heute ist es schon zu spät,“ schrieben die Wissenschaftler.

Die Revolutionsgarden erklärten am 8. November, angesichts der kritischen Lage, seien sie bereit, an der Seite des medizinischen Personals an dem Kampf gegen das Virus aktiv teilzunehmen. An diesem Tag gab es einen neuen Höchstwert. 459 Menschen starben innerhalb von 24 Stunden mit oder durch das Corona-Virus.

Am 9. November verordnete der Provinzgouverneur der Hauptstadt, Anuschirawan Bandedji, Einschränkungen für Teheran. Demnach sollen mit wenigen Ausnahmen einen Monat lang täglich ab 18 Uhr bis zum nächsten Morgen alle beruflichen Aktivitäten eingestellt werden.

Am 15. November erklärte Regierungssprecher Ali Rabii, ab sofort solle der Verkehr zwischen den Städten, bis auf wenigen notwendige Ausnahmen für die nächsten zwei Wochen eingestellt werden.

Am 17. November erreichten die Zahlen der Toten und Infizierten einen neuen Höchstwert. Demnach starben innerhalb von 24 Stunden 482 Menschen, 13.352 hatten sich infiziert. Laut einer Meldung der AFP am 19. November teilte das Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation WHO mit, die meisten Corona-Fälle im östlichen Mittelmeerraum, das heißt mehr als 60 Prozent, entfielen auf die drei Staaten Jordanien, Marokko und Iran. Grund seien nicht ausreichende Einschränkungen in diesen Ländern. Es sei „eindeutig das Ergebnis der Lockerungen von Beschränkungen,“ sagte Ahmed Al-Mandhari auf einer Online-Presskonferenz. Iran sei am stärksten von der Pandemie betroffen. Dort seien bislang mehr als 43.000 Menschen gestorben und mehr als 800.000 Infizierte registriert worden.

Am 20. November erklärte Hossein Solfaghari, in 160 Städten stehen die Ampeln auf rot, in 208 Städten auf orange und in 80 Städten auf gelb. Damit sei für die am meisten von der Epidemie betroffenen Städte eine totale Ausgangssperre und für die anderen Städte eine Eingangssperre verordnet worden. Die Bewohner dieser Städte dürften jedoch ihre Stadt verlassen. Verstöße würden mit hohen Geldstrafen geahndet werden. Masken in öffentlichen Räumen und auf belebten Straßen seien für alle Städte Pflicht. Zudem dürften in den roten Städten ab 21 Uhr bis zum nächsten Morgen keine Autos fahren. Nur noch wenige Branchen dürften ihre Arbeit ausüben. Basare, Schulen, Universitäten und ähnliche Einrichtungen blieben geschlossen. Zweidrittel der Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes müssten von zu Hause aus ihre Arbeit erledigen. Laut Präsident Rohani seien die Einschränkungen erst einmal für zwei Wochen vorgesehen, könnten aber verlängert werden, falls die Zahlen der Toten und Infizierten nicht merklich sinken würden.

Am 23. November sprach Gesundheitsminister Said Namaki von einer möglichen Freigabe für den Test von zwei Impfstoffen, die in Iran produziert wurden. „Wir haben drei

Möglichkeiten, um ein Impfstoff gegen Corona zu bekommen: Aus dem Ausland kaufen, für eine gemeinsame Herstellung mit ausländischen Firmen investieren oder den Impfstoff selbst herstellen.“ Wie die staatliche Nachrichtenagentur Irna berichtete, werden gegenwärtig in Iran vier Versuche zu Herstellung eines Impfstoffs unternommen. Gesundheitsminister Namaki hoffe, sie bald für Tests an Menschen freigeben zu können, meldete die Agentur.

Am 24. November erreichten Neuinfektionen trotz starken Einschränkungen abermals einen Rekordwert. Demnach wurde innerhalb von 24 Stunden 483 Tote und 13.721 Infizierte registriert.

#### **VIER STREIKENDE ARBEITER IN HAFT**

Vier streikende Arbeiter der Zuckerfabrik in Hafttappeh wurden laut Mitteilung ihres Anwalts am 2. November verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, Aufruhr gestiftet zu haben. Die Festnahmen und Verhöre hätten ohne Anwesenheit eines Anwalts stattgefunden, sagte der Anwalt.

Die vier Inhaftierten, Yusef Bahmani, Hamid Moini, Ebrahim Abbas Mandschari und Masud Haywari gehören zu den Organisatoren der sich seit langer Zeit wiederholenden Streiks in der Zuckerfabrik. Der Mitteilung der Arbeitergewerkschaft von Hafttappeh zufolge, fand die Verhaftung statt, als die Arbeiter dabei waren, mit den Arbeitgebern über ihre Forderungen zu verhandeln.

Nach Darstellung der Gewerkschaft haben die Arbeiter dieser Fabrik in den vergangenen fünf Jahren mehr als hundert Mal gestreikt. Die Proteste hätten gleichzeitig mit der Privatisierung der Fabrik begonnen. Die Arbeiter fordern unter anderem, dass die Fabrik wieder verstaatlicht und von einem Rat geführt wird. Zudem fordern sie eine vom Staat unabhängige Gewerkschaft. Die bestehende Gewerkschaft wurde bislang nicht anerkannt. Die Arbeiter klagen über monatelangen Lohnausfälle, über Verträge, die die soziale und berufliche Sicherheit der Werkstätigen nicht gewährleisten, über nicht Einhaltung der festgelegten Tarife und über illegale Entlassungen.

Die Zuckerfabrik von Hafttappeh, die einst zu den größten Fabriken im Nahen- und Mittleren Osten gehörte, geriet nach der Privatisierung in Schwierigkeiten. Damals kritisierte der Parlamentsabgeordnete aus der Stadt Schusch die Übergabe der Fabrik an einen 28-Jährigen und einen 31-Jährigen, die seiner Meinung nach für diese Position völlig ungeeignet waren. Der Fabrikführung wird Korruption und Veruntreuung vorgeworfen. Derzeit werden die Vorwürfe von der Justiz untersucht.

#### **SICHERHEITSBEAMTE STÜRZEN HÄUSER DER ANGEHÖRIGEN DER BAHAI-RELIGION**

Die Sprecherin und Vertreterin der Bahai-Gemeinde bei den Vereinten Nationen, Simin Fahdej, berichtete am 22. November, dass in mindestens 20 Städten Irans die Häuser von Angehörigen der Bahai-Gemeinde von Sicherheitsbeamten gestürmt wurden. Am frühen Morgen seien die Beamten in den Städten Teheran, Karadsch, Kerman, Isfahan, Maschad und anderswo in die Häuser eingedrungen und hätten alle persönlichen Sachen der Bewohnerinnen und Bewohner mitgenommen. Personen seien nicht festgenommen worden.

Die Nachrichtenagentur Herana berichtete von 30 bis 50 Häusern, die heimgesucht worden seien. Auch die Menschenrechtsaktivistin Schiwa Basar Ahari berichtete, dass die Beamten Geld, Computer, Handys und dergleichen mitgenommen hätten. In manchen

Fällen hätten die Beamten einen Hausdurchsuchungsbefehl vorgezeigt, in anderen nicht, berichtete Herana.

Überfälle auf Häuser und Geschäfte der Bahais kommen immer wieder vor. Neu ist aber, dass dieses Mal die Aktion gleichzeitig und koordiniert in Dutzenden Städten durchgeführt wurde.

Die Sprecherin beklagte, dass die iranische Führung „in diesen schweren Zeiten, in denen die Menschen durch die Pandemie überlastet und in Not seien, die Bahais zusätzlichen Qualen aussetzt, anstatt ihnen zu helfen.“ In den letzten Monaten sei der Druck auf die Bahais verstärkt worden, sagte sie.

## NEUE VORWÜRFE GEGEN IRANISCH-BRITISCHE STAATSBÜRGERIN

Das Teheraner Revolutionsgericht hat neue Vorwürfe gegen die iranisch-britische Journalistin Nazanin Zaghari-Ratcliffe erhoben. Der erste Verhandlungstag fand am 2. November statt. Der Mann der Journalistin, Richard Ratcliffe, bestätigte die Nachricht und erklärte, seiner Frau werde „Propaganda gegen die Islamische Republik“ vorgeworfen. Es seien dieselben Gründe, die bereits 2016 vorgelegt worden seien.

Zaghari ist Mitarbeiterin der Journalisten-Stiftung Thomson Reuters. Zuvor war sie bei der internationalen Entwicklungsgesellschaft BBC Media Action tätig gewesen. Sie wurde im März 2016, während sie sich zu einem Besuch ihrer Eltern in Teheran aufhielt, unter dem Verdacht der Spionage festgenommen. Im September desselben Jahres wurde sie von einem Revolutionsgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Zaghari bestreitet die Vorwürfe.

Laut Richard Ratcliffe hat Zaghari bei der Gerichtsverhandlung am 2. November die Fragen des Richters beantwortet. Doch bevor sie sich verteidigen konnte, wurde die Sitzung vertagt. Der nächste Gerichtstermin sei nicht bekanntgegeben worden, erklärte Ratcliffe. Derzeit befindet sich Zaghari außerhalb des Gefängnisses. Sie durfte wegen der Corona-Epidemie vorübergehend mit Fußfesseln das Gefängnis verlassen. Sie wohnt bei ihren Eltern.

Ratcliffe kritisierte, dass bei der Gerichtsverhandlung kein Vertreter der britischen Regierung anwesend gewesen sei. Er forderte London auf, mehr Druck auf Iran auszuüben.

Indes erklärte der britische Außenminister Dominic Raab, die Wiederaufnahme der Akte mit neuen Vorwürfen sei „schrecklich.“ Er forderte die sofortige Freilassung Zagharis. Es sei zwar erfreulich, dass sie Hafturlaub bekommen habe. Aber sie sollte zu ihrer Familie zurückkehren. Dafür wolle er sich verstärkt einsetzen. Sollte sie wieder ins Gefängnis zurückgebracht werden, würde dies die britisch-iranischen Beziehungen schwer belasten und den Dialog zwischen den beiden Staaten erschweren, sagte Raab.

Bereits am 29. Oktober hatte das Außenministerium in London den iranischen Botschafter Hamid Baidinejad einbestellt und vor einer Rückkehr Zagharis ins Gefängnis gewarnt. Die Art des Umgangs mit Zaghari und anderen in Iran inhaftierten britischen Staatsbürgern schade dem Ansehen Teherans. Es sei höchste Zeit, diese Menschen endlich freizulassen, hieß es in der Erklärung des Außenministeriums.

Die britische Abgeordnete Tulip Siddiq kritisierte, dass kein Vertreter der Regierung an der Gerichtsverhandlung teilgenommen hatte. „Für mich hat die Sicherheit Zagharis Priorität.“ „Diese psychologischen Spielchen müssen aufhören,“ sagte sie.

## MENSCHENRECHTLERIN SOTOUDEH BEKOMMT HAFTURLAUB

Wie die Presseabteilung der Justiz am 8. November in Teheran mitteilte, habe die Menschenrechtaktivistin und Anwältin Nassrin Sotoudeh aufgrund ihres gesundheitlichen Zustands Hafturlaub bekommen. Sie war nach einem langen Hungerstreik von fast fünfzig Tagen zunächst ins Krankenhaus gebracht worden, wurde jedoch nach fünf Tagen in das Frauengefängnis in Gharchak gebracht, obwohl sie längst nicht kuriert war und die Ärzte zu einem längeren Krankenhausaufenthalt geraten hatten.

Sotoudehs Mann, Resa Chandan, bestätigte die vorübergehende Entlassung und veröffentlichte ein Foto der vierköpfigen Familie. Einen Tag zuvor hatte er sie im Gefängnis besucht und sich über ihren schlechten gesundheitlichen Zustand beklagt. „Wir sind bemüht, einen Hafturlaub für Nassrin zu erreichen,“ schrieb er.

Sotoudeh wurde wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte, vor allem für die Rechte von Frauen und Kindern und für ihre Aktivitäten gegen die Todesstrafe, mit dem diesjährigen Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet. Bereits 2012 erhielt sie gemeinsam mit dem iranischen Filmemacher Dschafar Panahi den Sacharow-Preis, den das Europaparlament jährlich an Personen vergibt, die in herausragender Weise die Menschenrechte verteidigen.

Am 11. November gab Chandan bekannt, dass seine Frau sich in dem Frauengefängnis in Ghachak, in dem katastrophale hygienische Zustände geherrscht hätten, mit dem Corona-Virus infiziert habe.

## 157 TEILNEHMER AN DEMONSTRATIONEN FREIGELASSEN

Der Sprecher der Justiz, Gholamhossein Esmaili, sagte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz am 10. November, 157 Demonstranten, die im November vergangenen Jahres und im Januar dieses Jahres an Protestdemonstrationen teilgenommen hatten, seien begnadigt worden. Revolutionsführer Ali Chamenei habe dem Vorschlag des Justizchefs Ebrahim Raisi zugestimmt. Auch die Strafen von 3.780 Verurteilten seien gemildert worden, so dass 2.301 Gefangene sofort freigelassen worden seien.

In den vergangenen 18 Monaten seien rund 40.000 Verurteilte freigelassen worden, was auf „Veränderungen“ in der Justiz zurückzuführen sei, sagte der Sprecher. Bei den Unruhen im November des Vorjahres und im Januar dieses Jahres, die brutal niedergeschlagen wurden, gab es zahlreiche Tote und Verletzte. Offiziellen Angaben zufolge wurden im November 2020 mindestens 5.000 und im Januar 2021 mindestens 7.000 Personen festgenommen.

Nach Meinung der Kritiker handele es sich bei den Freigelassenen um ausgewählte Personen, zahlreiche politisch aktive Demonstranten befänden sich immer noch in Haft.

---

## KULTUR

---

Iranischer Journalist erhält Preis für freie Meinungsäußerung / Für den Oscar nominiert: Chorschid (Sonnenkinder) von Madschid Madschidi / Schriftstellerin und Regisseurin zu mehr als zehn Jahren Haft verurteilt / Protest des Internationalen Schriftstellerverbands

---

## IRANISCHER JOURNALIST ERHÄLT PREIS FÜR FREIE MEINUNGSÄUßERUNG

Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat den diesjährigen Preis für freie Meinungsäußerung an den iranischen Journalisten Mohammad Mosaed verliehen. Die

Preisverleihung erfolgte am Abend des 19. November virtuell und wurde von mehreren amerikanischen Sendern übertragen. Mosaed selbst konnte den Preis wegen eines Ausreiseverbots nicht entgegennehmen.

Das CPJ ist eine regierungsunabhängige Organisation mit Sitz in New York City. Es setzt sich weltweit für Pressefreiheit und Rechte von Journalisten ein.

Mosaed, freier Journalist, schreibt für mehrere Zeitungen, unter anderem für die Tageszeitung Schargh. International bekannt wurde er in der Zeit, als in Iran im Zuge der Unruhen im November vergangenen Jahres das Internet gesperrt wurde. Er veröffentlichte einige kritische Artikel über die Zensur und über die Erhöhung der Benzinpreise, die Anlass zu den Protesten gegeben hatten. In einem seiner Tweets schrieb er: „Klopf, Klopf, freie Welt. Ich habe 42 Proxy verwendet, um dies schreiben zu können. Millionen Iraner haben kein Internet. Hört unsere Hilferufe!“ In Iran selbst wurde Mosaed vor allem durch seine Berichte über Korruptionsfälle bekannt.

Mosaed wurde im Dezember 2019 von Sicherheitsbeamten festgenommen, aber nach zwei Wochen gegen eine Kautionsausstellung aus dem Gefängnis entlassen. Danach setzte er seine Kritik in den sozialen Netzwerken fort. Mitte Februar, bevor sich das Corona-Virus verbreitete, versuchte er die Öffentlichkeit über die Seuche zu informieren. Er wurde von Sicherheitsorganen unter Druck gesetzt. Schließlich bekam er Schreibverbot. Mosaed wurde im Mai dieses Jahres für seine Berichterstattung in den Zeiten der Corona-Pandemie mit dem diesjährigen Freedom of Speech-Award der Deutschen Welle ausgezeichnet.

### **FÜR DEN OSCAR NOMINIERT: CHORSCHID (SONNENKINDER) VON MADSCHID MADSCHIDI**

Laut einer Meldung der Agentur Ilna wurde der Film Chorschid (Sonnenkinder) von Madschid Madschidi als Beitrag Irans für den besten ausländischen Film für den Oscar nominiert. Rand Faridsadeh, Leiter der Auswahlkommission, sagte, die Kommission habe 90 Filme zur Auswahl gehabt. Zwölf davon hätten zur engeren Auswahl gestanden, schließlich seien drei Filme für die letzte Entscheidung geblieben: „Deracht-e Gerdu“ (Nussbaum) von Mohammad Hossein Mahdavian, „Yalda“ von Masud Bachschi und eben „Chorschid“ von Madschidi, der schließlich als bester Film ausgewählt worden sei. Der Film hatte bereits beim Teheraner Filmfestival den ersten Preis gewonnen. Bei den Filmfestspielen in Venedig im September 2020 wurde der Hauptdarsteller Ruhollah Samani als bester Nachwuchsschauspieler ausgezeichnet.

### **SCHRIFTSTELLERIN UND REGISSEURIN ZU MEHR ALS ZEHN JAHREN HAFT VERURTEILT**

Laut der Webseite „Herana“, die sich für Menschenrechte in Iran einsetzt, wurde die Schriftstellerin und Regisseurin Marjam Ebrahimwand am 1. November zu zehn Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Das Urteil wurde mit zwei Filmen begründet, die sie produziert hat. Der Film „Mädchenpensionat“ erzählt eine Geschichte über sexuellen Missbrauch von jungen Frauen in Iran und der Film „12. September“ handelt von einem Anschlag im saudischen Almana. Für beide Filme hatte die Regisseurin eine Dreherlaubnis bekommen.

Ebrahimwand wurde wegen „moralischen Verwerfungen“ zu sieben Jahren, Beleidigung des Staatspräsidenten zu einem Jahr und Verbreitung von Unwahrheiten über die Revolutionsgarden zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sie hatte auf ihrer Webseite geschrieben: „Das Verhalten der Revolutionsgarden verstärkt den Druck auf Jugendliche, was diese verstärkt dazu bewegt, das Land zu verlassen und ins Ausland zu gehen.“

Ebrahimwand war bereits zuvor wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik“ zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Derzeit befindet sie sich im Frauengefängnis Ghachak in der Nähe der Hauptstadt Teheran. Sie hatte im März dieses Jahres 20 Tage lang mit einem Hungerstreik gegen die „unbegründeter Haft,“ Missachtung ihres Rechts auf die Wahl eines Verteidigers und dagegen, dass ihr keinen Einblick in ihre Akte gewährt wurde, protestiert. Am 20. September unternahm sie einen erfolglosen Suizid-Versuch, wurde ins Krankenhaus und nach einem Tag wieder ins Gefängnis gebracht.

### **PROTEST DES INTERNATIONALEN SCHRIFTSTELLERVERBANDS**

Der Internationale Schriftstellerverband (PEN) hat gegen Verurteilung von drei Mitgliedern des iranischen Schriftstellerverbands protestiert. Die Urteile seien ein „eklatanter Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung. Salil Tripathi, Vorsitzender des Komitees für inhaftierte Schriftsteller, sagte, die drei Mitglieder des iranischen Schriftstellerverbands, Baktasch Abtin, Resa Chandan und Kaywan Bajan, hätten niemals verurteilt werden dürfen, vor allem nicht in der gegenwärtigen Lage, in der das Land unter der Epidemie leidet. Diese Schriftsteller seien verfolgt worden, weil sie kontinuierlich den Staat kritisiert hätten. „Einem von ihnen wurde vorgeworfen, die Gräber oppositioneller Schriftsteller besucht zu haben,“ sagte Tripathi.

Abtin und Chandan wurden jeweils zu sechs Jahren und Bajan zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Tripathi zeigte sich weiterhin „sehr besorgt“ um andere Schriftsteller, die sich ebenfalls im Gefängnis befinden, sie hätten nichts Illegales getan, nur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch genommen.

Der iranische Schriftstellerverband hatte vor kurzem PEN und andere Organisationen aufgefordert, sich für die Freiheit der drei inhaftierten Kollegen einzusetzen.

---

### **WIRTSCHAFT**

---

Abgeordnete beantragen Erhöhung der Urananreicherung / Bundesregierung über Verstöße Irans gegen Atomabkommen besorgt / Fast 72 Prozent weniger Flüge über Iran / Eisenbahnstrecke zwischen Iran und Afghanistan soll bald eröffnet werden

---

### **ABGEORDNETE BEANTRAGEN ERHÖHUNG DER URANANREICHERUNG**

Eine Mehrheit von 196 Abgeordneten des iranischen Parlaments stimmte am 2. November einem Eilantrag zu, in der die Steigerung der Urananreicherung auf 20 Prozent gefordert wurde. Der Antrag soll der Strategie der Islamischen Republik zur Aufhebung der Sanktionen dienen.

Sollte der Antrag vom Parlament beschlossen und vom Wächterrat bestätigt werden, wird die Regierung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Atomorganisation jährlich 120 Kilogramm 20-prozentig angereichertes Uran produzieren wird. Dafür sollen dem Antrag zufolge bis Ende des Jahres (März 2021) tausend neue Zentrifugen in der unterirdischen Atomanlage Natans und ebenso viele in der unterirdischen Anlage in Fordo in Betrieb genommen werden. Zudem solle der Schwerwasserreaktor in der Anlage von Arak genauso wie vor dem Abschluss des Atomabkommens eingesetzt werden. Laut dem Abkommen sollten Teile des Reaktors, mit dem Iran die Möglichkeit hatte, Plutonium herzustellen, abgebaut werden. Schließlich soll das niedrig angereicherte Uran auf 500 Kilogramm pro Monat aufgestockt werden. Laut Angaben der Internationalen Atombehörde (IAEA) liegt derzeit der Urananreicherungsgrad bei knapp fünf Prozent. Nach der ersten Lesung des Antrags skandierten die Abgeordneten: „Tod den USA.“

## **BUNDESREGIERUNG ÜBER VERSTÖßE IRANS GEGEN ATOMABKOMMEN BESORGT**

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin kritisierte am 18. November die „systematischen Verstöße Irans“ gegen das Atomabkommen, berichtete die Agentur Reuters. Zwar könne man noch nicht zu dem Bericht der Internationalen Atombehörde (IAEA) über unterirdisch neuinstallierte Zentrifugen Stellung nehmen. „Wir sehen aber mit großer Sorge, dass Iran systematisch gegen das JCPOA verstößt.“ Darüber werde beim IAEA-Gouverneursrat gesprochen werden. Zudem werde die Bundesregierung mit den anderen Vertragspartnern, Russland, China, Frankreich und Großbritannien über mögliche Konsequenzen sprechen.

In einem Bericht der IAEA, der der Agentur vorliegt, heißt es, Iran habe in der Atomanlage Natans, wo sich die größte Anlage zur Urananreicherung befindet, neue Zentrifugen gefüllt, um angereichertes Uran herzustellen.

## **FAST 72 PROZENT WENIGER FLÜGE ÜBER IRAN**

Laut Angaben der nationalen Fluggesellschaften in Iran wurden in den vergangenen Monaten 52.119 Flüge über Iran registriert, im Vergleich zum vergangenen Jahr mit 184.958 bedeutet dies ein Rückgang um 71,8 Prozent. Allerdings hat die Anzahl der Flüge im Oktober im Vergleich zum Vormonat September um 6,5 Prozent zugenommen. Im Juni dieses Jahres hatten die iranischen Flughäfen versucht, mit günstigen Angeboten internationale Fluggesellschaften zum Überflug über Iran zu bewegen. Mit dem Beginn der Corona-Epidemie im Februar dieses Jahres und der Schließung der Grenzen mehrerer Staaten hatte die Zahl der Flüge internationaler Fluggesellschaften über Iran drastisch abgenommen. Eine ähnliche Entwicklung wurde in fast allen anderen Ländern festgestellt.

Die Kosten des Überflugs über Iran richten sich nach dem Gewicht der Flugzeuge und der Länge der Strecke, die sie zurücklegen.

In den vergangenen Jahren hat der iranische Luftverkehr kontinuierlich zugenommen. Eine rapide Zunahme erfuhr der Luftverkehr nachdem Saudi-Arabien im Zuge des Streits mit Katar seinen Luftraum für Flüge aus diesem Land sperrte.

Der Rückgang der Zahl der Flüge über Iran begann jedoch schon vor dem Ausbruch der Epidemie. Nach dem Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine im Januar dieses Jahres durch die Revolutionsgarden, haben zahlreiche internationalen Fluggesellschaften ihre Routen geändert und Überflüge über Iran so weit wie möglich vermieden.

## **EISENBAHNSTRECKE ZWISCHEN IRAN UND AFGHANISTAN SOLL BALD ERÖFFNET WERDEN**

Die afghanische Eisenbahngesellschaft gab am 7. November bekannt, dass hochrangige Delegationen aus den Nachbarstaaten Iran und Afghanistan an einer Probefahrt mit der Eisenbahn zwischen den Grenzgebieten Irans und Afghanistans teilgenommen hätten. Der Zug habe am Vormittag die Delegationen vom iranischen Grenzgebiet über eine Strecke von 62 Kilometern ins afghanische Gebiet gebracht. Am Nachmittag seien die Delegierten auf derselben Strecke zurückgefahren.

Den Angaben zufolge soll in den nächsten Wochen die neu gebaute Eisenbahnstrecke von Herat nach Khaf (in der Provinz Chorasán, im Nordosten Irans) eröffnet werden. Das

Projekt Herat-Maschad hat vor allem für den Handel, aber auch für den Tourismus eine große Bedeutung. Damit wird Afghanistan der Zugang zu den Häfen im Süden Irans, sowie die Anbindung des Landes an die Eisenbahn zwischen Iran-Türkei und Europa ermöglicht.

Der Wert der Importe Afghanistans aus Iran beträgt rund drei Milliarden Dollar. Durch den Bau der Eisenbahn soll der Import erheblich gesteigert werden. Das Projekt soll in naher Zukunft erweitert werden. Geplant ist die Weiterführung der Strecke nach Turkmenistan und Usbekistan. Damit könnte Afghanistan zu einem wichtigen Transitland in Asien werden.

---

## AUSSENPOLITIK

---

Trump erwog Möglichkeiten einer Bombardierung iranischer Atomanlagen / Iran bereitet sich auf Biden vor / 19. Gipfel der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit / Tote bei israelischen Angriffen in Syrien / Saudi-Arabien droht mit atomarer Aufrüstung / Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade in Bagdad / New York Times: Israelis töten Vize des Al-Kaida-Anführers in Teheran / Iran begrüßt Waffenstillstand in Bergkarabach / Beratung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens über Iran / Australische Gefangene gegen drei iranische Terroristen ausgetauscht / Harte Vorwürfe Irans gegen Kanada / Iran kritisiert Abzug von US-Truppen aus Afghanistan / Außenminister Sarif in Venezuela

---

## TRUMP ERWOG MÖGLICHKEITEN EINER BOMBARDIERUNG IRANISCHER ATOMANLAGEN

Einem Bericht der New York Times zufolge hat US-Präsident Donald Trump im Kreis seiner engsten Berater die Möglichkeit erwogen, iranische Atomanlagen zu bombardieren. Teilnehmer der Runde waren demnach unter anderem Vizepräsident Mike Pence, Außenminister Mike Pompeo, Generalstabschef Mark Milley, und Verteidigungsminister Christopher C. Miler. Trump soll gefragt haben, „ob er die Möglichkeit habe, in den kommenden Wochen gegen Irans wichtigsten Atomstandort (in Natans) vorzugehen.“ Alle Anwesenden sollen davon abgeraten haben, mit der Begründung, ein militärischer Angriff könnte in der noch verbliebenen Zeit seiner Präsidentschaft zu einer militärischen Auseinandersetzung in der gesamten Region führen.

Irans Regierungssprecher Ali Rabii bezeichnete das Ansinnen Trumps als „psychopatische Hirngespinnste Israels und der klassischen Feinde Irans.“ „Unsere Stellungnahmen zu solchen Berichten waren und sind stets dieselben: Jede Handlung gegen das iranische Volk werde ganz sicher mit einer vernichtenden Aktion beantwortet werden,“ sagte Rabii. Rabii äußerte Zweifel an der Korrektheit des Berichts. Dennoch sei es durchaus möglich, dass die Feinde Irans irgendwelche Pläne schmieden. „Aber lassen Sie mich nicht als Regierungssprecher, sondern persönlich meine Meinung sagen. Ich glaube nicht, dass sie (die Feinde) in der gegenwärtigen Lage die Absicht haben, die Region in Aufruhr zu bringen.“

Die Angriffe sollten sich auf die Atomanlage in Natans konzentrieren, berichtete New York Times. Die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) hatte kürzlich berichtet, dass Iran inzwischen 12 Mal mehr angereichert besitze, als im Atomabkommen vorgesehen. Die Reaktion Trumps sei vermutlich auf diesen Bericht zurückzuführen, schrieb die Zeitung.

Der frühere US-Sicherheitsberater John Bolton hat in seinem vor wenigen Monaten erschienenem Buch geschrieben, im Sommer vorigen Jahres seien alle Vorbereitungen zu

einem militärischen Angriff gegen Iran getroffen worden, doch Trump habe die Aktion in letzter Minute gestoppt.

## IRAN BEREITET SICH AUF BIDEN VOR

Seitdem feststeht, dass die Ära von Präsident Trump zu Ende geht und ein Kurswechsel in der Politik der USA, auch Iran gegenüber, zu erwarten ist, wird in Iran die Frage, wie Teheran auf den neuen Präsidenten Joe Biden reagieren soll, kontrovers diskutiert. Verhandlungen mit den USA ja oder nein, und wenn ja, worüber, ist die Frage der Stunde. Soll man sich auf Verhandlungen über eine Erweiterung des Atomabkommens, über das Raketenprogramm oder über die Rolle Irans in der Region einlassen oder weiterhin Widerstand leisten?

Dazu äußerte sich Revolutionsführer Ali Chamenei am 24. November auf einer Sitzung des Obersten Rats zur Kooperation der Wirtschaft. „Wir haben Verhandlungen über die Aufhebung der Sanktionen schon einmal erprobt, es war völlig umsonst,“ sagte er. Er bezeichnete die Sanktionen als „eine bittere Tatsache und ein Verbrechen der Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten gegen Iran“ und sagte: „Dieses Verbrechen besteht seit Jahren, ist aber in den vergangenen drei Jahren erheblich verstärkt worden.“ Um das Problem zu lösen, gebe es zwei Möglichkeiten: zu versuchen, die Sanktionen durch Verhandlungen aufzuheben oder sie zu bewältigen. „Die erste Möglichkeit haben wir bereits vergeblich versucht, haben Jahre lang verhandelt, ohne ein Erfolg erzielt zu haben. (...) Mag sein, dass der zweite Weg sie zu bewältigen zunächst mit Schwierigkeiten verbunden sein wird, aber langfristig ist er erfolversprechend.“

Wie so oft, ist die Stellungnahme des Revolutionsführers nicht eindeutig. Er lehnt Verhandlungen nicht grundsätzlich ab, aber äußert seine Skepsis, um bei einem möglichen Scheitern Recht behalten zu können. Genauso hat er sich seinerzeit bei den Atomverhandlungen verhalten. „Die Position der USA ist nicht klar und die Europäer nehmen immer mehr gegen Iran Stellung. Obwohl sie sich selbst mehr und mehr in Angelegenheiten der Region einmischen, werfen sie uns Einmischung in Angelegenheiten der Region vor. Obwohl Frankreich und Großbritannien mit Atomwaffen bestückte Raketen besitzen und die Deutschen sich auf demselben Weg befinden, fordern sie von uns, unser Raketenprogramm einzustellen. Was geht es euch an, was wir machen oder nicht machen. Ändert euch zuerst selbst, bevor ihr andere kritisiert,“ sagte Chamenei in der Stellungnahme weiter.

Bereits zuvor hatte Chamenei erklärt, der Ausgang der Wahlen in den USA hätte keine Auswirkungen auf die Politik Irans gegenüber den USA. „Unsere Politik den USA gegenüber ist genau kalkuliert und klar,“ sie werde sich mit dem Austausch der Präsidenten in den USA nicht ändern, sagte er am 3. November im staatlichen Fernsehen. „Die Feindschaft wird sich fortsetzen. Wir müssen ihnen (den Amerikanern) jede Hoffnung nehmen.“ Eine „richtige Sicht“ auf die Wirtschaft sei, nicht nach außen zu schauen und die Lösung von dort zu erwarten. „Das bedeutet nicht, dass wir keine Beziehung zu anderen Ländern haben sollten. Nein, das habe ich nicht gesagt. Aber die Lösung des Problems liegt im Innern des Landes.“

Ganz anders als Chamenei äußerte sich Präsident Rohani. „Iran und die USA können beide entscheiden, zu der Situation vor dem 20. Januar 2017 zurückzukehren,“ sagte er auf einer Kabinettsitzung am 25. November. Am 20. Januar 2017 übernahm Donald Trump die Regierung in Washington. Wenn die künftige Regierung der Vereinigten Staaten dazu bereit wäre, ließen sich alle Probleme „ganz einfach“ lösen, sagte der Präsident. Die Politik der Islamischen Republik sei deutlich und klar: „Wir richten uns nach dem Grundsatz, Taten gegen Taten, Einhaltung von Verpflichtungen, gegen Einhaltung von Verpflichtungen, Respekt gegen Respekt.“ Sollte die neue Regierung den Vorschlag akzeptieren und zu der Zeit vor Trump zurückkehren, werde sich „der Lauf der Dinge

vollkommen verändern.“ Er hoffe, die Regierung Biden werde gleich in den ersten Tagen nach der Amtsübernahme die Politik Trumps verurteilen und Iran entschädigen.

Biden hatte erklärt, sollte Iran seine Verpflichtung wieder vollkommen aufnehmen, würden die USA zu dem Abkommen zurückkehren, um dann mit Verhandlungen beginnen zu können. Er mache sich über Iran keine Illusionen, halte aber die Politik Trumps, den maximalen Druck auf Iran auszuüben, für gescheitert. Er wolle Iran „einen glaubwürdigen Weg zurück zur Diplomatie anbieten“, sagte er.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif begrüßte die Ankündigung Bidens, zum Atomabkommen zurückzukehren. Biden sollte die Sanktionen aufheben und die zerstörerische Politik der Trump-Regierung endgültig beenden, sagte der Minister in einem Interview mit der Tageszeitung „Iran.“ Die USA seien der eigentliche Verlierer des Atomabkommens gewesen. „Wir haben jetzt unvergleichlich mehr angereichertes Uran als vor dem Abkommen. Auch in der Forschung sei Iran wesentlich weitergekommen.“ Die USA seien jetzt nicht in der Position, Iran Forderungen zu stellen. „Wenn die USA als Mitglied des UN-Sicherheitsrats die Resolution 2231 anerkennen, die Sanktionen aufheben und unsere Wirtschaft nicht boykottieren, wird Iran alle seine Pflichten erfüllen.“ Das wäre im Interesse der USA, der ganzen Welt und auch im Interesse Irans. „Das ist durchaus machbar und braucht weder Bedingungen noch Verhandlungen.“

Irans Parlamentspräsident, Mohammad Bagher Ghalibaf, ein entschiedener Gegner Rohanis, der als möglicher Nachfolger des Präsidenten gehandelt wird, warnte vor Optimismus. „Sitzen und die Hände in den Schoß legen, bis die Sanktionen aufgehoben werden, ist keine Lösung,“ sagte er auf einer Sitzung des Parlaments am 24. November. Regierungssprecher Ali Rabii erklärte Journalisten gegenüber am 10. November, Irans Erwartungen seien ganz klar: „Wir erwarten, dass die USA ohne Vorbedingung zum Atomabkommen zurückkehren und die Schäden, die die Vorgängerregierung angerichtet hat, wieder gut machen.“ Er hatte zuvor von „Milliarden Dollar Schäden“ gesprochen.

Mohssen Resai, Generalsekretär des Schlichtungsrats, forderte die zukünftige US-Regierung auf, sich zu entschuldigen und für die Iran zugefügten wirtschaftlichen Schäden aufzukommen. „Der neue US-Präsident muss bei der ersten Gelegenheit alle Sanktionen gegen Iran aufheben und für die Sanktionen Entschädigung zahlen,“ schrieb er auf Instagram. „Die vierzigjährige Serie von Sanktionieren und Wiederaufheben von Sanktionen und die Gutgläubigkeit mancher unserer Politiker haben dazu geführt, dass wir die Chance zur Entwicklung einer nationalen Wirtschaft verpasst haben.“

Vizepräsident Eshagh Dschahangiri notierte auf Facebook: „Die Ära von Trump und seines kriegeserischen und abenteuerlichen Teams ist vorbei.“ Die konservative Tageszeitung Resalat veröffentlichte ein Bild von Trump ohne Maske und ein Bild von Biden mit Maske und schrieb darunter: „Der Feind ohne Maske ist weg, der Feind mit Maske ist da.“

## 19. GIPFEL DER SHANGHAIER ORGANISATION FÜR ZUSAMMENARBEIT

Präsident Hassan Rohani nahm am 10. November an der 19. Tagung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) teil. Die Organisation wurde 2001 von den Staaten Russland, China, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan gegründet. Später kamen Indien und Pakistan hinzu. Iran, Afghanistan, Mongolei und Weißrussland haben Beobachterstatus. Ziel der Organisation ist enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vor allem in den Bereichen Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Handel. Sie vertritt fast die Hälfte der Weltbevölkerung und ist die weltweit größte Regionalorganisation. Seit 2004 hat sie Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Das diesjährige Gipfeltreffen fand wegen der Corona-Epidemie per Videoschleife statt. Das in allen Mitgliedstaaten weit verbreitete Virus, das die Zusammenarbeit beeinträchtigte, gehörte auch zu den Hauptthemen, die auf der Tagung behandelt wurden. Ferner wurde

über den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, religiösen Extremismus bei Jugendlichen, und Drogenschmuggel diskutiert.

Rohani begrüßte die Vermittlungsbemühungen Russlands im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan. Weiter sagte er: „Wir müssen die eigentlichen Quellen des Terrorismus erforschen, enger zusammenarbeiten und die Herrschaft fremder Mächte in der Region beenden.“ Er übte scharfe Kritik an den USA, die sich „politisch auf einem Irrweg befinden.“ „Sie verfolgen ausschließlich eigene Interessen und kümmern sich nicht um die Entwicklung anderer Länder.“

Pakistans Ministerpräsident Imran Khan sagte die SOZ befinde sich auf dem Weg zu einem „Großasien.“ Es sei wichtig, den Frieden in Afghanistan herzustellen, betonte er. Sein Land unterstütze die Friedensverhandlungen in Afghanistan. „Wir dürfen nicht zulassen, dass inn- und ausländische Aggressoren, den Friedensprozess gefährden.“ Die Rückführung afghanischer Flüchtlinge müsse als wichtigste Aufgabe betrachtet werden. Weiter sagte er die SOZ sollte beim Ausbau der Beziehungen zwischen der Region und der übrigen Welt eine wichtige Rolle spielen und versuchen, der Islamophobie und dem Rassismus entgegenzuwirken und ein religiöses und kulturelles Miteinander der Glaubensgemeinschaften anstreben.

Der Präsident vom Tadschikistan, Imam Ali Rahman, der im nächsten Jahr den turnusmäßigen Vorsitz der Organisation übernehmen wird, forderte die Teilnehmerstaaten auf, beim Kampf gegen die Epidemie enger zusammenzuarbeiten. Ferner sagte er, es sei wichtig, den religiösen Extremismus, vor allem unter Jugendlichen zu bekämpfen und sich um die Besserung der Umwelt zu kümmern. Die Lage in Afghanistan bezeichnete er als kompliziert. Er hoffe, dass die Friedensverhandlungen zum Erfolg führen würden. Aschraf Ghani, Afghanistans Präsident, beklagte, dass terroristische Gruppen und Drogenschmuggler die Lage in seinem Land ausnutzten, um ihr Unwesen zu treiben.

Geografisch bilde Afghanistan eine Brücke zwischen den Staaten Mittelasiens. Das Land habe potenziell die Möglichkeit, um wirtschaftlich eine wichtige Rolle zu spielen. Seine Regierung begrüße jeden Schritt, der in Übereinstimmung mit der afghanischen Verfassung zum Frieden führe. Doch seit den Verhandlungen hätten die Aggressionen zugenommen. „Wir befinden uns seit vierzig Jahren im Krieg. Die meisten Opfer sind Frauen und Kinder,“ sagte Ghani und forderte die Teilnehmerstaaten auf, den Friedensprozess in seinem Land zu unterstützen.

Russlands Präsident Wladimir Putin sagte, die Staaten der Region seien bereit, gemeinsam mit Afghanistan den Terrorismus zu bekämpfen und das Land auch wirtschaftlich zu unterstützen.

Auf der Tagung wurde eine Grußbotschaft des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres verlesen, in der die Organisation aufgefordert wurde, die Sicherheit der Region zu stärken. Nach Meinung politischer Beobachter diene die SOZ vor allem dem Ziel, den Einfluss des Westens, allen voran der USA, in der Region zu unterbinden.

## **TOTE BEI ISRAELISCHEN ANGRIFFEN IN SYRIEN**

„Die israelische Luftwaffe hat militärische Ziele in Syrien, die mit der iranischen Al-Kuds-Brigade in Verbindung stehen, bombardiert,“ twitterte ein israelischer Militärsprecher am 18. November. Israelische Soldaten hätten an der Grenze zu den von Israel besetzten Golanhöhen Bomben entdeckt, die von „einer syrischen Truppe geführt von iranischen Kräften“ gelegt worden seien. Zuvor hatte die staatliche Nachrichtenagentur Syriens berichtet, dass bei einem israelischen Angriff drei Offiziere und ein Soldat getötet worden seien. Doch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit Sitz in London berichtete von mindestens zehn Toten, unter ihnen mindestens fünf Iraner.

Israel greift immer wieder syrische und iranische Stützpunkte in Syrien an, übernimmt aber selten die Verantwortung dafür. Diese Angriffe, die in letzter Zeit häufiger stattfinden, sind nicht zuletzt gegen die Einflussnahme Irans in Syrien gerichtet.

Der Angriff am 18. November erfolgte wenige Stunden vor dem Besuch des amerikanischen Außenministers Mike Pompeo in Israel, bei dem vermutlich auch Iran ein wichtiges Gesprächsthema gewesen sein dürfte. Israels Ministerpräsident betrachtet nach eigenen Angaben die Regierung des US-Präsidenten Donald Trump als wichtigsten Verbündeten. Er lobte die oft harte Position des US-Präsidenten gegenüber und dessen Politik des „maximalen Drucks.“ Es ist nun ungewiss, ob Trumps Nachfolger Joe Biden diese Politik fortsetzen wird. Israel betrachtet Iran als eine große Bedrohung und ist nicht bereit, den Einfluss Teherans in seinem Nachbarstaat Syrien zu dulden. So betonte Verteidigungsminister Benny Ganz, gerichtet an „unsere Feinde,“ sein Land werde keinerlei Verletzung seiner Souveränität hinnehmen. „Das syrische Regime ist verantwortlich für das, was auf seinem Territorium oder außerhalb seines Territoriums geschieht,“ sagte er.

Der israelische Militärsprecher Jonathan Conricus sagte, anscheinend sei die Botschaft Israels beim letzten Mal nicht von den Feinden vernommen worden. „Wir hoffen, dass sie jetzt klar ist.“

General Hossein Dehghan, Militärberater des iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei, sagte am 18. Oktober der Agentur AP, der Angriff sei ein Verstoß gegen die Souveränität Syriens gewesen. „Wir haben keine organisierte Präsenz in Irak oder Syrien.“ An den Orten des Angriffs hätten sich keine Iraner aufgehalten, die Opfer seien Syrer gewesen. Bei erneuten Angriffen Israels auf syrische Gebiete am 25. November wurden nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle acht weitere pro-iranische Kämpfer getötet. Die Angriffe fanden nahe der Hauptstadt Damaskus und im Süden des Landes statt. Laut AFP vom 25. November richteten sich die Angriffe gegen Waffenlager und Stützpunkte, in denen iranische und mit Iran verbündete Kämpfer stationiert sind. Eine Bestätigung der Attacke durch Israel lag nicht vor.

Die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana sprach von „materiellen Schäden,“ während die Beobachtungsstelle auch über Menschenopfer berichtete, deren Nationalität allerdings zunächst nicht festgestellt werden konnte. Auch ein Waffenlager sei zerstört worden, hieß es.

## **SAUDI-ARABIEN DROHT MIT ATOMARER AUFRÜSTUNG**

Saudi-Arabien hat mit atomarer Aufrüstung gedroht, sollte eine nukleare Bewaffnung Irans nicht verhindert werden können. „Das ist definitiv eine Option,“ sagte der Staatsminister für Auswärtiges, Adel al-Dschubair, am 17. November in einem Interview mit der Deutschen Presseagentur. „Saudi-Arabien hat sehr klar gemacht, dass es alles tun wird, was möglich ist, um seine Bevölkerung zu schützen und um sein Staatsgebiet zu schützen.“

Saudi-Arabien gehört zu jenen Ländern, die von den USA ausgeübten „maximalen Drucks“ auf Iran unterstützten. „Wir glauben, dass Iran bisher nur auf Druck reagiert hat,“ sagte Al-Dschubair. Nun wird in Riad befürchtet, dass der nächste US-Präsident Joe Biden einen Kurswechsel vornehmen und den Konflikt mit Iran auf diplomatischem Weg zu lösen versuchen wird. Direkt danach gefragt, gab Al-Dschubair keine klare Antwort. „Wir werden sehen,“ sagte er der dpa.

Indes versucht Iran, saudischen Attacken aus dem Weg zu gehen und dem Land Friedensangebote zu machen. Doch die Saudis haben derlei Angebote bislang abgelehnt. „Wir sind und bleiben nun mal Nachbarn, daher haben wir und die Saudis auch keine

andere Wahl, als diese Feindseligkeiten zu beenden,“ sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Said Chatibsadeh, am 16. November in einer Video-Pressekonferenz auf Instagram. Bedauerlicherweise seien die Angebote zu Gesprächen stets abgelehnt worden. „Wir empfehlen der Führung in Riad, statt Milliarden für Waffen aus den USA auszugeben, ihre Zusammenarbeit mit der islamischen Welt wieder aufzunehmen,“ sagte Chatibsadeh.

Offenbar glaubt die Führung in Teheran, dass eine Rückkehr der USA zum Atomabkommen und folglich die Aufhebung der Sanktionen ohne eine Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten, allen voran zu Saudi-Arabien, kaum zu erreichen wäre. Selbst Joe Biden werde die guten und lukrativen Geschäfte mit diesen Ländern kaum wegen Iran aufs Spiel setzen.

### **OBERBEFEHLSHABER DER AL-KUDS-BRIGADE IN BAGDAD**

Irakische Medien berichteten am 21. November von einem Besuch des Oberbefehlshabers der iranischen Al-Kuds-Brigade, General Esmail Ghaani, in Bagdad und von seinem Treffen mit dem irakischen Ministerpräsidenten Mustefa Kasemi. Das Teheraner Außenministerium dementierte die Nachricht und bezeichnete sie als „journalistische Spekulationen in Zeiten des Mangels an sensationellen Nachrichten.“

Ghaani ist der Nachfolger des legendären Generals Ghassen Soleimani, der Anfang Januar dieses Jahres auf Befehl von US-Präsident Donald Trump in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet wurde. Die Al-Kuds-Brigade ist eine Abteilung der iranischen Revolutionsgarden für Auslandseinsätze. Sie spielt bei den militärischen und politischen Auseinandersetzungen in der Region eine wichtige Rolle.

Auch Fray Kilani, Reporter des arabischsprachigen Programms der BBC, berichtete am 21. November unter Berufung auf Regierungskreise, Ghaani habe neben dem Ministerpräsidenten auch Vertreter der Parteien sowie Vertreter paramilitärischer Organisationen getroffen, vor allem solche, die Iran nahestehen.

Bei den Gesprächen sei es vor allem um zwei Themen gegangen: keine Provokationen amerikanischer Kräfte bis zur Übernahme der Regierung durch Joe Biden in Washington und die Beilegung innerer Auseinandersetzungen zwischen paramilitärischen Organisationen, die Iran nahestehen. Selbstverständlich wurde auch über einen möglichen Angriff der USA gegen Iran in den nächsten Wochen und über die Folgen des Abzugs eines großen Teils der amerikanischen Soldaten aus Irak gesprochen.

Den Berichten zufolge habe Ghaani vor seinem Besuch in Bagdad mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad in Damaskus und dem Führer der libanesischen Hisbollah, Hassan Nassrallah, in Beirut Gespräche geführt.

Die staatliche Nachrichtenagentur der Türkei, Anatol, bestätigte den Besuch Ghaanis in Bagdad und behauptete, Ghaani sei einer offiziellen Einladung Kasemis gefolgt. Dasselbe behaupteten andere Medien in den arabischen Ländern.

Trotz all dieser Nachrichten sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums: „Wir nehmen zu Spekulationen nicht Stellung.“

Iran hofft, dass mit der Regierungsübernahme durch Joe Biden Veränderungen in der Region zu seinen Gunsten erfolgen werden. Doch noch ist Trump Präsident. Am 23. November schickten die USA zwei B-52-Bomber in den Mittleren Osten. Sie sollen nach offizieller Darstellung „Aggressionen gegen Verbündete der USA verhindern und ihnen Schutz und Sicherheit“ gewähren.

## NEW YORK TIMES: ISRAELIS TÖTEN VIZE DES AL-KAIDA-ANFÜHRERS IN TEHERAN

Einem Bericht der New York Times vom 15. November zufolge, der sich auf Geheimdienstbeamte beruft, haben israelische Agenten den Stellvertreter des Al-Kaida Anführers Abu Mohammad al-Masri im August dieses Jahres in Teheran erschossen. Al-Masri wird für die Terroranschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im Jahr 1998 verantwortlich gemacht. Bei den Anschlägen starben mehr als 224 Menschen, mehr als 5.000 Menschen wurden verletzt. Al-Masri gehörte zu den meistgesuchten Personen, die auf der Terrorliste der USA standen. Für Hinweise, die zu seiner Festnahme führen, hatten die USA eine Belohnung von zehn Millionen Dollar ausgesetzt.

Im August dieses Jahres hatten die Medien von einem Terroranschlag auf einen Libanesen und seine Tochter in Teheran berichtet. Damals hieß es in iranischen Medien, ein Mann und seine Tochter seien ermordet worden. Bei dem Mann habe es sich um Habib Dawud, einen libanesischen Geschichtsprofessor, gehandelt. Seine Tochter mit dem Namen Maryam sei 27 Jahre alt gewesen. Nun will die New York Times durch vier Geheimdienstler herausgefunden haben, dass es sich um Abdullah Ahmad Abdullah, bekannt als Al-Masri, gehandelt habe. Die Frau, Maryam, sei die Frau von Hamseh Bin Laden gewesen, dem Sohn Ossama Bin Ladens, dem ehemaligen Anführer von Al-Kaida. Das Attentat sei im Auftrag der USA von israelischen Agenten ausgeführt worden. Nicht klar sei, ob auch amerikanische Geheimdienste an der Aktion beteiligt gewesen waren. Feststehe jedenfalls, dass die Spuren von Al-Masri Jahre lang verfolgt worden seien. Das Datum der Erschießung, der 7. August, war genau der Jahrestag des Anschlags in Nairobi und Daressalam.

Dem Bericht nach war Al-Masri seit 2003 in Teheran in „Gewahrsam gewesen,“ habe aber spätestens ab 2015 frei im Teheraner Stadtbezirk Pasdaran gelebt. Getötet wurde er als er mit seiner Tochter in der Nähe seines Hauses im Auto fuhr. Die mit schallgedämpften Pistolen bewaffneten Agenten verfolgten das Auto mit einem Motorrad. Der 58-jährige Al-Masri und seine 32 Jahre alte Tochter wurden durch fünf Schüsse getötet.

Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, dementierte den Bericht als „erfunden.“ Er gehöre in dem Bereich der „wirtschaftlichen, geheimdienstlichen und psychologischen Kriegsführung.“ Kein Mitglied von Al-Kaida habe sich je in Iran aufgehalten, sagte er. Er warf den USA und Israel vor, anhand von Lügen und Verstreung vermeintlich geheimdienstlicher Nachrichten, Iran in Verbindung mit terroristischen Organisationen bringen zu wollen. Demgegenüber hatte die US-Regierung Iran bereits 2016 vorgeworfen, Al-Kaida-Mitgliedern Verstecke gewährt, oder ihnen Durchreisen erlaubt zu haben.

Bemerkenswert ist, dass die Tötung just in den Tagen stattfand, in denen sich in Iran mehrere Explosionen und Anschläge ereigneten, deren Ursachen nicht öffentlich bekannt sind. Auch hinter diesen Explosionen, vor allem hinter der Explosion in der Atomanlage Natans, werden israelische Agenten vermutet.

Auch die verheerende Explosion in der libanesischen Hauptstadt Beirut, bei der es 220 Tote und 110 Vermisste gab, fand in jenen Tagen im August statt.

Einen Tag nach dem Erscheinen des Berichts der New York Times, bestätigte die Agentur AP, dass die Tötungsaktion von amerikanischen und israelischen Geheimdiensten gemeinsam geplant gewesen sei. Demnach hätten US-Geheimdienste alle Informationen über Al-Masri und dessen Aufenthaltsort ihren israelischen Kollegen zur Verfügung gestellt.

## IRAN BEGRÜßT WAFFENSTILLSTAND IN BERGKARABACH

Iran hat die Vereinbarung zwischen Aserbaidschan und Armenien begrüßt, die Waffen niederzulegen. „Als Nachbar der beiden Länder sind wir glücklich über diese Entscheidung,“ sagte Präsident Hassan Rohani am 10. November. Er äußerte die Hoffnung, der Konflikt über die Region Bergkarabach werde sich nun auf diplomatischem Wege und auf der Basis internationaler Regelungen beilegen lassen.

Iran hatte sich zuvor als Vermittler angeboten und einen entsprechenden Plan vorgelegt. Dennoch lobte Rohani die wichtige Rolle Russlands beim Zustandekommen der Vereinbarung.

Die Position Irans bei dem Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan war nicht eindeutig. Revolutionsführer Ali Chamenei bezeichnete die militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern als „bitter und für die Region bedrohlich.“ „Alle Gebiete Aserbaidschans, die von Armenien besetzt wurden, müssen zurückgegeben werden,“ sagte er, was von Baku begrüßt wurde.

In dem nun seit dreißig Jahren andauernden Konflikt um Bergkarabach, versuchte Teheran sich neutral zu verhalten. Zu beiden Staaten hat Iran gute Beziehungen, allerdings gibt es seit einigen Jahren zwischen Teheran und Baku gewisse Verstimmungen, die in erster Linie auf die engen Beziehungen zwischen Aserbaidschan und Israel zurückzuführen sind, aber auch auf die jeweiligen Rechte bezüglich der Nutzung des Kaspischen Meeres. Zudem warfen sich die beiden Staaten gegenseitig vor, Separatisten im Nachbarland unterstützt zu haben. Allgemein betrachtet sind die Beziehungen Teherans zu dem mehrheitlich von Christen bewohnten Land Armenien besser als zu Aserbaidschan, dessen Bevölkerung mehrheitlich dem islamischen Glauben angehört.

Abbas Araghtschi, Irans Vizeaußenminister, bestritt vehement Gerüchte, die von möglichen Verschiebungen iranischer Grenzen sprachen. Das sei absolut nicht der Fall. Die durch russische Vermittlung erzielte Vereinbarung habe keine Auswirkung auf die Grenzen Irans zu den beiden Staaten, auch nicht auf Transportwege, sagte Araghtschi.

## BERATUNG DER AUßENMINISTER DEUTSCHLANDS, FRANKREICHS UND GROßBRITANNIENS ÜBER IRAN

Einer Meldung der AFP vom 23. November zufolge hat Deutschlands Außenminister Heiko Maas seinen französischen und britischen Amtskollegen, Jean-Yves Le Drian und Dominic Raab, zu Beratungen über Iran in Berlin getroffen. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes sagte: „Im Fokus des Treffens steht die Wiener Nuklearvereinbarung mit Iran.“ Die Staaten der Europäischen Union seien stark daran interessiert, das Abkommen zu erhalten.

Seit dem Austritt der USA aus dem Abkommen im Mai 2018 versuchen die Europäer, gemeinsam mit den anderen Partnern des Abkommens, China und Russland, die Vereinbarung zu retten, was sich bisher mit Blick auf die harten US-Sanktionen gegen Iran als äußerst schwierig und fast aussichtslos erwiesen hat. Daraufhin hat Iran schrittweise seine Verpflichtung stillgelegt. Das betonte auch die Sprecherin. „Iran verstößt aus unserer Sicht systematisch gegen die Vereinbarung,“ sagte sie. „Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern rufen wir Iran nachdrücklich auf, diese Verletzungen einzustellen und alle nukleartechnischen Verpflichtungen wieder vollständig einzuhalten.“

Die drei Minister haben laut AFP auch über das iranische Raketenprogramm und Irans Aktivitäten in der Region gesprochen. Nun hoffen sie, dass der Regierungswechsel in Washington die Möglichkeit einer neuen Politik gegenüber Iran eröffnen wird. „Wir sind

zuversichtlich, dass eine konstruktive Haltung der USA zur Wiener Nuklearvereinbarung erheblich dazu beitragen könnte, die aktuelle Negativspirale mit Iran zu durchbrechen und eine neue Perspektive für die Bewahrung des JCPOA zu eröffnen,“ sagte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes. Sollte es unter dem gegenwärtigen Präsidenten Donald Trump zu weiteren Sanktionen gegen Iran kommen, „werden wir sie dann bewerten.“

Fraglich bleibt, ob eine Rückkehr der USA zu dem Abkommen unter dem künftigen Präsidenten Joe Biden so rasch gelingen wird. Das hängt nicht nur von dem Willen der USA ab, sondern auch von der Bereitschaft Irans zu neuen Verhandlungen (s. Seite 16ff). Es ist wohl anzunehmen, dass die USA nicht ohne Bedingungen zur Wiederaufnahme ihrer Mitgliedschaft bereit sein werden. Sie werden Ergänzungen zum Abkommen durchsetzen wollen, vor allem solche, die das Raketenprogramm und die Rolle Irans in der Region betreffen. Dazu ist Teheran zumindest aktuell nicht bereit.

### **AUSTRALISCHE GEFANGENE GEGEN DREI IRANISCHE TERRORISTEN AUSGETAUSCHT**

Die australische Islamwissenschaftlerin Kylie Moore-Gilbert wurde am 26. November nach mehr als 800 Tagen iranischer Gefangenschaft in Austausch gegen drei in Thailand inhaftierte iranische Terroristen freigelassen. „In Absprache mit ihrer Familie wurde Dr. Moor Gilberts Freilassung durch diplomatisches Engagement bei der iranischen Regierung erreicht,“ teilte die australische Außenministerin Marise Payne mit. „Dieses Ergebnis zeigt den Wert professioneller und entschlossener Arbeit (...), um komplexe und sensible konsularische Fälle zu lösen,“ zitierte dpa die Ministerin.

Die 33-jährige Dozentin an der Universität in Melbourne hatte im Sommer 2018 auf offizielle Einladung hin an einer Konferenz teilgenommen, sie wurde vor ihrer Abreise unter dem Verdacht, für Israel spioniert und die nationale Sicherheit Irans gefährdet zu haben, festgenommen und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Moor-Gilbert, die zugleich die britische Staatsbürgerschaft besitzt, bestritt die Vorwürfe.

Die staatliche iranische Nachrichtenagentur Irna berichtete, dass Moor-Gilbert im Austausch gegen „einen Wirtschaftsaktivisten und zwei iranische Staatsbürger, die sich aus unhaltbaren Gründen im Ausland im Gefängnis befanden,“ freigelassen worden seien. Angeblich seien sie festgenommen worden, weil sie amerikanische Sanktionen zu umgehen versucht hätten. Andere iranische Agenturen bezeichneten Moore-Gilbert als „Agentin mit doppelter Staatsbürgerschaft.“ Nahezu einheitlich berichteten iranische Medien, die Australierin habe beim israelischen Geheimdienst eine Speziallehre absolviert und sei zu einer versierten Agentin ausgebildet worden. Sie habe in Iran verschiedene Städte besucht und Informationen gesammelt. Dabei habe sie auch Moscheen und touristische Orte besucht, um sich als interessierte Touristin darzustellen und jeden Verdacht zu zerstreuen. Warum Iran dann eine so „versierte,“ israelische Agentin freigelassen hat, wird nicht mitgeteilt.

Moor-Gilbert bedankte sich bei allen, die sich während ihres „langen und traumatischen Leidensweges“ für sie eingesetzt hätten. „Ich habe nichts als Respekt, Liebe und Bewunderung für die große Nation Iran und ihre warmherzigen, großzügigen und mutigen Menschen,“ schrieb sie in einer Erklärung. „Mit bittersüßen Gefühlen verlasse ich das Land, trotz der Ungerechtigkeiten, denen ich ausgesetzt war.“

Die drei freigelassenen Iraner wurden in Teheran vom Vizeaußenminister, Abbas Araghtschi, empfangen. Über die wahren Identitäten der drei wurde in den iranischen Medien nichts berichtet. Doch die Behörden in Thailand bestätigten, dass es sich bei den dreien um Said Moradi, Mohammad Chasai und Masud Sedaghat handelt, die 2012, im Zusammenhang mit einem misslungenen Attentat gegen israelische Diplomaten, festgenommen wurden. Vor der Ausführung ihres Plans gab es in ihrer Wohnung eine

Explosion, bei der fünf Menschen verletzt wurden. Said Moradi hatte versucht, eine Granate auf die thailändische Polizei zu werfen, doch die Granate traf ein Baum und prallte auf ihn selbst zurück, wobei Moradi beide Beine verlor. Bei ihrem Eintreffen in Teheran trugen alle drei nicht nur Masken, sondern auch Hüte, um unerkannt zu bleiben.

Die australischen Behörden haben nicht bestätigt, dass es sich bei der Freilassung Moore-Gilberts um einen Gefangenen austausch gehandelt hat. Ministerpräsident Scott Morrison sagte, er wolle die Berichte weder dementieren noch bestätigen. Australien verfüge über diplomatische Kanäle, um solche Fälle zu lösen, sagte er. Auch die thailändische Regierung bestätigte den Austausch nicht.

### **HARTE VORWÜRFE IRANS GEGEN KANADA**

Das Teheraner Außenministerium hat am 17. November den italienischen Botschafter, der auch die Interesse Kanadas in Iran vertritt, einbestellt. Das Außenministerium protestierte gegen die Weigerung Kanadas, eine konsularische Vertretung Irans zuzulassen und einen wegen Korruption verurteilten Iraner auszuliefern.

„Kanada ist ein Paradies für Wirtschaftsbetrüger,“ hieß es. Zudem verletze das Land die Menschenrechte, indem es nicht bereit sei, eine konsularische Vertretung Irans zu erlauben. Dies sei inakzeptabel und widerspreche den Bekundungen Kanadas zu den Menschenrechten. Damit verweigere Kanada rund 200.000 iranischen Staatsbürgern die Möglichkeit, ihre konsularischen Anliegen zu erledigen.

Kanada hatte die diplomatischen Beziehungen zu Iran aus Protest gegen das iranische Atomprogramm und gegen die Unterstützung, die Iran terroristischen Organisationen gewähre, vor acht Jahren abgebrochen. Trotz Annäherungsversuchen auf beiden Seiten, gab es immer wieder Rückschläge, zuletzt durch den Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine, bei dem dutzende kanadische Staatsbürger iranischer Herkunft ums Leben kamen.

Neben einer konsularischen Vertretung verlangt Iran die Auslieferung des früheren Direktors der iranischen Zentralbank, Mohammad Resa Chawari, der wegen Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern in Abwesenheit zu langjährigem Gefängnis- und einer hohen Geldstrafe verurteilt worden ist. Chawari war vor drei Jahren, während der Prozess gegen ihn lief, nach Kanada geflüchtet. Dort hat er die kanadische Staatsbürgerschaft erhalten. Ihm wird vorgeworfen, 2,6 Milliarden Dollar entwendet zu haben. Da er auf der Liste von Interpol stehe, sei Kanada verpflichtet ihn auszuliefern, hieß es aus dem Außenministerium.

Bereits zuvor hatte die iranische Polizei erklärt, die kanadischen Kollegen seien in der Angelegenheit Chawari nicht zur Mitarbeit bereit gewesen. Polizeipräsident Aschtari sagte: „Unsere Leute waren zweimal am Aufenthaltsort von Chawari gewesen, benachrichtigten die dortige Polizei, doch sie weigerte sich, ihn festzunehmen.“

Der Name Chawaris stand vor acht Jahren auf der Liste der Interpol, er wurde jedoch später aus der Liste gestrichen. Auf der Liste stehen Namen von Personen, deren Auslieferung durch Interpol beantragt worden ist.

### **IRAN KRITISIERT ABZUG VON US-TRUPPEN AUS AFGHANISTAN**

Rasul Mussawi, Abteilungsleiter für Westasien im Teheraner Außenministerium, sagte in einem Interview mit der Tageszeitung Etemad am 14. November mit Blick auf den von US-Präsident Donald Trump angekündigten Teilabzug amerikanischer Truppen aus Afghanistan: „Die USA sollten sich nicht unverantwortlich aus Afghanistan zurückziehen.“

Ein Land, das ein anderes Land angreife, sollte vor seinem Rückzug die Sicherheitsstrukturen und militärischen Verteidigungsfähigkeiten des angegriffenen Landes wieder herstellen. „Als die Koalitionäre, unter der Führung der USA, Afghanistan angriffen, haben sie unter sich eine Arbeitsteilung vorgenommen. Die USA übernahmen die Verantwortung für das Militär, Italien kümmerte sich um die Justiz und Deutschland um die Polizei,“ sagte Mussawi.

„Der Abzug ist mit Verantwortung verbunden,“ sagte Mussawi weiter. „Man kann nicht 20 Jahre lang ein Land besetzen und sich dann, ohne die verschiedenen Institutionen wiederhergestellt zu haben, zurückziehen und auch noch alles, was da ist, der Opposition überlassen. Das ist nicht nur kein verantwortlicher Abzug, es ist ein Verrat an den nationalen Interessen des Landes.“

Es ist das erste Mal, dass Iran den Abzug der Amerikaner aus dem Nachbarland offiziell kritisiert. Das ist verwunderlich, weil zu den Grundsätzen der iranischen Außenpolitik die Forderung nach dem Abzug aller Fremdmächte gehört, sei es in Irak, in Syrien oder in Jemen. Diese Forderung galt bislang auch für Afghanistan.

Die USA seien mit Zustimmung der Vereinten Nationen in Afghanistan einmarschiert, in ein Land mit 35 Millionen Einwohnern. Es sei zutreffend, dass die USA nicht allein waren und mit anderen Ländern koalitiert hätten, aber sie seien die Hauptmacht gewesen und damit auch hauptverantwortlich. Erstaunlich an den Äußerungen Mussawis ist auch, dass er zugibt, mit den Taliban zu kooperieren. „Wir arbeiten mit den Taliban zusammen, um die gemeinsamen Grenzen zu sichern,“ sagte er.

„Wir haben trotz allem Druck, den die Amerikaner auf uns ausgeübt haben, nichts gegen sie in Afghanistan unternommen,“ sagte Mussawi weiter. „Sie haben uns über die afghanische Regierung unter Druck gesetzt, haben unsere Konten in Afghanistan gesperrt. Gerade jetzt sind unsere konsularischen Einnahmen blockiert. Trotzdem haben wir die afghanische Regierung nie allein gelassen. Unsere Überzeugung ist, dass die Besatzer schließlich aus Afghanistan oder auch aus anderen Ländern abziehen werden. Dann bleiben wir mit unseren Nachbarn zurück.“

## AUßENMINISTER SARIF IN VENEZUELA

Die Beziehungen zwischen Iran und Venezuela werden weiter ausgebaut. Die beiden Staaten, die unter amerikanischen und europäischen Sanktionen leiden, nähern sich weiter an. Am 6. November besuchte Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif Venezuela. Dazu twitterte Venezuelas Außenminister Jorge Arreaza laut dpa: „Jeder Besuch auf hoher Ebene vertieft unsere strategische Allianz, unsere Bruderschaft. Venezuela und Iran haben Solidarität und Mut angesichts der Aggressionen gezeigt.“ Iran gehört mittlerweile zu den engsten Verbündeten der Regierung Nicolas Maduros, die von den USA, vielen EU-Staaten sowie lateinamerikanischen Staaten boykottiert wird. Diese Staaten betrachten Maduros Rivalen als rechtmäßigen Übergangspräsidenten. Iran hat in den letzten Monaten mehrere Tanker Öl und Lebensmittel nach Venezuela verschifft. Kürzlich wurde in Caracas ein iranischer Supermarkt eröffnet.

Sarif griff bei seinem Besuch die Politik der USA scharf an. „Die US-Regierung und die industrialisierten Staaten haben Angst vor dem Aufstreben neuer Mächte und greifen daher auf Terrorismus zurück,“ zitierte dpa den Minister in einer Meldung vom 6. November. Die Politik der USA bestehe darin, mit aller Macht und Gewalt jede Änderung der Machtverhältnisse in der Welt zu verhindern. Von dem enormen Druck seien nicht nur Iran und Venezuela, sondern auch Kuba, China, Russland und Syrien betroffen. Teheran und Caracas wollen nicht nur im Bereich der Wirtschaft ihre Beziehungen ausbauen, sondern mit Blick auf die Pandemie auch im Bereich der Wissenschaft miteinander kooperieren. Dies wurde beim Treffen Sarifs mit Maduro vereinbart.